

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

9.4.1924 (No. 85)

Politische Neuigkeiten

Staatspräsidentenwahl in Württemberg

Der württembergische Landtag hat Dienstag nachmittags Staatspräsidenten gewählt. Von 89 anwesenden Abgeordneten wurden 50 gültige Stimmen abgegeben, davon 48 für Staatspräsident Nau, 39 Jettel waren unbeschieden. Der Gewählte, der bisher die Geschäfte des Arbeits- und Ernährungsministeriums geführt hat, ist parteipolitisch nicht hervorgetreten. Die Ressorts sind wie folgt verteilt: Nau, Arbeits- und Ernährungsministerium und Kultusministerium, Wals, Ministerium des Innern und der Finanzen, Beyerte wie bisher Justizministerium.

In der Vormittagssitzung war man zu keinem Ergebnis gekommen. Das Zentrum hatte die Auffassung vertreten, daß die bisherige Regierung die Geschäfte bis nach den Wahlen weiterführen sollte, der Redner der Demokraten erklärte jedoch, daß der bisherige Staatspräsident Dr. Sieber eine Wiederwahl ablehne. Der deutschnationale Redner verlangte, daß die Linksparteien, die die Neuwahl des Staatspräsidenten vorgeschlagen hatten, einen entsprechenden Vorschlag machen, während Sozialdemokraten und Demokraten erwiderten, daß dies Sache der die Regierung stützenden Parteien sei. Unter diesen Umständen mußten die Verhandlungen abgebrochen und die Sitzung auf nachmittags verlagert werden.

Die Wahlen in Italien

Nach dem Gesamtergebnis sind, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Rom meldet, 375 Abgeordnete auf den beiden Regierungslisten gewählt worden, von denen 270 eigentliche Faschisten sind, die daher allein die Mehrheit haben. Immerhin erhalten die ehemaligen führenden Parteien, die beide gerade auf die Hälfte der Stimmenzahl von 1921 zurückgegangen sind: die Sozialisten (21 Uniterrier, 22 Maximalisten und 17 Kommunisten) sowie die Popolari mit 39 Mandaten eine Vertretung, die ihnen wenigstens eine grundsätzliche Betätigung erlaubt. Auch die Christlicher erhielten in Piemont, Ligurien, Umbria und Neapel ein hartes lokales Votum mit 18 resp. 12 Mandaten. Ellandi fiel nur Romoni durch. Die Demozionalen Di Carlo rückten mit 11, die Republikaner mit 7, die Deutschen mit 2 und die Slawen mit 2 Abgeordneten ein. Für die vereinigte deutsch-slawische Liste wurden in den beiden Venetien je 20 000 Stimmen abgegeben. Die Faschistenlisten erhielten mit 4 Millionen gerade die doppelte Stimmenzahl wie alle Minderheitslisten. Interessant ist, daß die Republikaner sich mit 125 000 Stimmen behauptet haben, die Kommunisten sogar von 285 000 auf 304 000 gestiegen sind, während die beiden übrigen sozialistischen Gruppen von 1 594 000 auf 796 000, die Popolari von 1 310 000 auf 645 000 zurückgegangen sind.

Der Faschis verlor nicht nur, durch die Wahl bewiesen zu haben, daß seine Regierung nicht auf Gewalt, sondern auf Zustimmung des Volkes gegründet sei, während die Opposition darauf hinweist, unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Lebenskraft bekundet zu haben. Nachdem die Regierung ihren Hoed erreicht hat, ihre Existenz durch ein bürgerliches Votum anerkennen zu lassen, sieht sie keinen Grund vorliegen, die neue Kammer eine größere Rolle spielen zu lassen als die alte, die an Gefügigkeit unmöglich zu übertreffen ist.

Auflösung des südafrikanischen Parlaments. Premierminister Smuts ist nach neueren Meldungen nicht zurückgetreten. Er hat den Kampf aufgenommen und teilte mit, daß das Parlament mit Bezug auf das Ergebnis der Erziehung in Balfourström (Transvaal), wo der Regierungslandtag gegen den Nationalisten unterlag, binnen einigen Tagen aufgelöst wird. Die Neuwahlen werden im Juni abgehalten werden.

Badischer Teil

„Der neue Eisenbahnpräsident“

Unter dieser Überschrift bringt der Residenz-Anzeiger in Karlsruhe in seiner Nr. 84 vom 8. April d. Js. die Nachricht, die Ernennung des Herrn Ministerialrats Dr. Max Koser in Berlin zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe „sei tatsächlich an maßgebender Stelle hier von Berlin aus eingelaufen. Diese Stelle habe jedoch beim Reichsverkehrsministerium Vorstellungen wegen eines anderen Herrn erhoben“.

Wir beschränken uns auf die Feststellung, daß an dieser Mitteilung kein wahres Wort ist.

Freie Vereinigung für Polizeitechnik

Der Freien Vereinigung für Polizeitechnik in Karlsruhe, deren Gründung wir vor kurzem gemeldet haben, ist bereits eine größere Anzahl von Mitgliedern aus dem ganzen Lande beigetreten. Weitere maßgebende Persönlichkeiten aus Praxis und Wissenschaft haben sich, neben den Gründern, der Vereinigung als tätige Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Zum Geschäftsführenden Vorsitzenden der Vereinigung wurde der Leiter des Bad. Landesstrafmuseums, Herr Gendarmereioberleutnant Dieck gewählt, Schriftführer und Schatzmeister ist Polizeirat Klausmann in Karlsruhe. Der Freien Vereinigung für Polizeitechnik eröffnet sich ein umfangreiches Arbeitsgebiet; neben der Pflege der Polizei- und Kriminalwissenschaften, sowie des polizeilichen Bildungswesens wird sie sich auch im besonderen mit dem Ausbau und der Vervollkommenung der polizeilichen Hilfsmittel befassen. Es steht zu erwarten, daß die für Staat und Gesellschaft gleichwertigen Bestrebungen der Vereinigung weitgehendes Verständnis und tatkräftige Förderung aller an ihren Aufgaben interessierten Kreise findet.

Prüfung für Landwirtschaftslehrer in Baden

Die Badische Landwirtschaftskammer hat am 14. und 15. März ds. Js. auf dem Versuchs- und Lehrgut Forstheim wie schon im letzten und vorletzten Jahre eine Prüfung von landwirtschaftlichen Lehrlingen abgehalten. Zur Prüfung zugelassen wurden zehn junge Leute, mit abgeschlossener praktischer Lehrzeit, welche auch alle den Anforderungen der Prüfung genügt und demgemäß für Bestanden erklärt wurden. — Mit der Abhaltung derartiger Prüfungen als ständige Einrichtung der Badischen Landwirtschaftskammer ist die Organisation des landwirtschaftlichen Lehrlingswesens auch in Baden geschaffen und in gesunde Bahnen gelenkt worden. Es können daran unbescholtene junge Leute aus Baden teilnehmen, welche eine mindestens zweijährige Lehrzeit auf badischen landwirtschaftlichen Betrieben durchgemacht haben. Zur Förderung der Berufsausbildung der jungen angehenden Landwirte ist es wünschenswert, daß das Interesse für diese Veranstaltungen wie bisher ein außerordentlich lebhaftes sein möge. Der Termin für die nächste Lehrlingsprüfung ist noch nicht endgültig festgelegt. Voraussichtlich wird eine solche wieder im Herbst dieses Jahres stattfinden.

Evangelische Städtekonferenz

ep. Am Dienstag fand vormittags 10 Uhr beginnend, die Versammlung der Vertreter der evang. Stadtkirchengemeinden im ebena. Gemeindehaus der Kirchengemeinde Karlsruhe-Wahlburg (zu den drei Linden) statt. Es war die 8. Tagung dieser Art. Die Verhandlungen wurden von dem Vorsitzenden der Städtekonferenz Stadtpfarrer Haag geleitet. Es wurden vor allem eingehend die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kirchengemeinden, wie sie sich neuerdings gestaltet haben, besprochen, unter anderem die Dienstaufwandsentschädigung der Geistlichen, die Bezüge der Organisten, die Gehälter der Kirchendiener. Pfarrer Stappes erstattete einen Bericht über die Einrichtung von Jugend- und Wohlfahrtsämtern in den Großstadtkirchengemeinden. Dankbar wurde das freundliche Entgegenkommen und das schnelle Arbeiten der Finanzämter bei Aufstellung der Kirchensteuerlisten anerkannt; vor allem wurde die Treue der Kirchenrenten bei Erfüllung ihrer steuerlichen Pflicht dankbar gerühmt. Den Verhandlungen wohnte seitens der Oberkirchenbehörde Oberkirchenrat Deede und Finanzamtmann Wals an; ersterer beteiligte sich häufig an der Aussprache und gab auf mancherlei Fragen Auskunft.

Kommunale Rundschau

Der Karlsruher Bürgerausschuß

beschäftigte sich am Dienstag mit der Milchversorgung und nahm eine Vorlage an, welche die Bildung einer Karlsruher Milchversorgung G. m. b. H. bewirkt, an der sich die Stadt mit 5000 M. beteiligen will. Die neue Form der Milchversorgung soll ab 1. April gelten. Die städtische Milchzentrale wird auf Grund eines Pachtvertrages an die neue Gesellschaft zum Betrieb überlassen. Das städt. Milchamt wird aufgehoben.

Bürgermeister Dr. Dorfmann teilte einige Änderungsanträge mit. Der eine, vom Stadtoberordnungsamt, wünscht die Streichung des Absatzes 2 im § 8, welcher lautet: „Von den drei städtischen Vertretern ernannt der Stadtrat zwei aus freier Mitte und einen auf Vorschlag der vereinigten Karlsruher Gewerkschaftsverbände“. Der Stadtoberordnungsamt schlägt vor, die drei Vertreter der Stadt aus dem Stadtrat, dem Bürgerausschuß und dem Stadtoberordnungsamt zum Milchversorgung der Stadt als Aufgabe zu überlassen. — Die Sozialdemokratische Partei beantragt, die Erziehung der beabsichtigten G. m. b. H. zu unterlassen und die Bürgermeister Dr. Dorfmann wies darauf hin, daß Karlsruhe der Menge nach eine fast volle friedensmäßige Milchversorgung habe. In Karlsruhe gehen a. Jt. 57 000 Liter Milch ein. Davon entfallen auf inländische Gemeinden hauptsächlich badische, 25 000 Liter. Aus der Schweiz kommen 33 000 Liter. Von der Gesamtmenge werden durch das städt. Milchamt 42 300 Liter eingeführt, das sind rund 70%. Die übrige Versorgung ist im wesentlichen auf die Sanierung unserer Weidung zurückzuführen, die es ermöglicht, im Ausland zu kaufen. Die Stadt kann darauf hinweisen, daß Milchamt und Milchzentrale die Stadt nicht mit Zuschüssen belastet haben. Das städt. Milchamt hat seine Einrichtungen zum großen Teile abgeschrieben. Aus öffentlichen Gründen war eine Zentralisierung notwendig. Das Ziel der Stadt, die eine gut eingerichtete Milchzentrale besitzt, muß daher sein, diese zu erhalten und auszubauen.

In der Debatte erklärte Oberbürgermeister Dr. Winter, es solle Mannheim gar nicht ein, die Milchzentrale aufzuheben. Die Milchzentrale wurde aus hygienischen Gründen eingerichtet zu einer Zeit als vollkommene Freiheit bestand. In zahlreichen Städten haben Milchzentralen schon seit langem bestanden. Sie sind eine absolute Notwendigkeit von dem Augenblick an, in dem man gewöhnt ist, die Milch von großen Entfernungen zusammenzubringen. Wer solle sonst die Milch besorgen und die erforderlichen Gelder aufbringen? Sei ein Milchhändler in der Lage dieses finanzielle Geschäft zu besorgen? Bei dem § 8 handelte es sich darum, die Linde zu gewinnen, darauf solle die Rechte Rücksicht nehmen. Es dürfte sich bei diesem Sach empfehlen, ihn durch Gemeindefestsetzung festzulegen und aus dem Betrag herauszulassen. Die Zentrumspartei brachte einen Antrag ein, der sich mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters deckt. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und Weglassung des Absatzes 2 im § 8, sowie Billigung des Zentrumsantrages angenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Die Sonntagsfahrkarte. Die zu Karfreitag und den beiden Osterferien gelösten Sonntagsfahrkarten haben eine Gültigkeitsdauer von Gründonnerstag 12 Uhr mittags bis Ostermontag.

Einführung von Liegewagen 3. Klasse im Verkehr mit Berlin. Nachdem Liegewagen 3. Klasse bereits seit längerer Zeit zwischen Berlin und Stuttgart, München, Köln usw. verkehren, ist nunmehr deren Einführung mit Beginn des Sommerfahrplans am 1. Juni auch für den Verkehr über Frankfurt nach Berlin beabsichtigt. Die Liegewagen 3. Klasse werden voraussichtlich dem neugeführten Schnellzug D 45, Frankfurt ab 9.53 abds. (Karlsruhe ab 7.02, Mannheim ab 8.00 abds.) Berlin Friedr.-Str. an 8.38 vorm. beigelegt werden. Gegenüber dem Fahrpreis 2. Klasse Karlsruhe-Berlin einschl. Schlafwagen 2. Klasse mit zusammen 62,20 M. bedeutet der Gesamtfahrpreis 3. Klasse einschließlich Liegewagen 3. Klasse mit 38,30 M. eine nicht unerhebliche Verbilligung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands e. V., dem etwa 8000 Mitglieder angehören, tagt am 4. und 5. Oktober in Karlsruhe.

Aus der Metallindustrie des Erzkreises. Die Gehaltsverhandlungen haben nunmehr zu einem Einigungsabschluss geführt, wonach in den einzelnen Gruppen Spitzenlöhne von 105–250 M. gezahlt werden sollen. Wie die „Deutsche Bodensezeitung“ mitteilt, ist jedoch dieser Vorschlag von den Arbeitgebern abgelehnt worden, so daß nun die Entscheidung in Karlsruhe liegt. Die Fittingswerke in Singen sollen einer Anzahl ihrer Angestellten gekündigt haben, weil diese die Gehaltsvor schläge von Arbeitgeberseite ablehnten.

DZ. Mannheim, 5. April. Ein von den Franzosen am Bahnhof Redarstadt angeschlagenes Plakat macht darauf aufmerksam, daß im besetzten Gebiet (auch in Mannheim) Versammlungen unter freiem Himmel verboten sind. Abzuhalten Versammlungen müssen drei Tage vorher beim Delegierten in Ludwigshafen angemeldet sein.

DZ. Heidelberg, 8. April. Die Landesferienwarte teilt mit: Western mittags 1/2 Uhr wurde hier bei hellem Sonnenschein der Niedergang eines leuchtenden Meteors am östlichen Himmel beobachtet. Es zog in schneller Bahn mit breiter Spur laut laufend wie eine Granate, gegen Osten herunter. Nach Eindruck auf die Beobachter muß der Himmelskörper scheinbar in der Gegend des Rimmeldacher Hofes niedergegangen sein.

b. Eppingen, 7. April. Mit der Veranstaltung von Volkshochschulfunk in dieser Stadt hat Regierungsbaumeister Haible einem allseitigen Verlangen entgegen. Mit reger Anteilnahme wohnen die Zuhörer den allwöchentlichen Vorträgen an, die alle Gebiete berühren: Technik, Witterungsstudie, Musik, bildende Kunst, Volkskunde. Daß der letzte Vortrag vor Ostern über Hans Thoma Anlaß werden konnte zur Gründung einer Ortsgruppe des Landesvereins „Bad. Heimat“ zeugt am besten von dem Erfolg, der diesen Volkshochschulfunk beschieden war. Im Auftrage des Landesvereins werden die Vorträge fortgesetzt; unter der Leitung des Vorstandes der dortigen Ortsgruppe, Haible, wird die Heimatfunde des Kreisraumes weitere Fortschritte machen.

DZ. Airm, 5. April. Aus Furcht vor Strafe, weil er sein Geld verloren hat, erhängte sich hier ein 13-jähriger Junge.

DZ. Rehl, 3. April. Das Ergebnis der Sammlung für die Opfer der Explosionskatastrophe in der Brillefabrik betrug seitens der Banken, Sparkassen und einzelnen Beamtengehilfen 2483 Goldmark, in welcher Summe das Ergebnis der vom Gewerkschaftsamt in den Betrieben veranstalteten Sammlung noch nicht enthalten ist, desgleichen noch nicht die Gabe des badischen Staates, der Interalliierten Rheinlandskommission und der Besatzungsstruppen.

DZ. Unterhachingen, 6. April. Der Verein für Pfahlbauten und Heimatkunde hielt am vergangenen Sonntag seine Generalversammlung ab, in der der Vorstand des Vereins ein Bild über die bisher geleistete Tätigkeit gab. Die beiden Pfahlbauten in der diesjährigen Nacht wurden im vergangenen Sommer von rund 10 000 Personen besucht. Der Wert der Bauten mit den darin untergebrachten Sammlungen wird auf circa 6000 Mark geschätzt. Bürgermeister Sulger, der Vorsitzende des Vereins, dessen Arbeit die Entdeckung des Unternehmens zu verdanken ist, erklärte sich bereit, auf ein weiteres Jahr die Vorstandsgehalte zu übernehmen.

DZ. Radeburg, 4. April. Der unermüdbaren tatkräftigen Bemühung der Stadtverwaltung ist es gelungen, eine Reichsbanknebenstelle Radolitz zu erhalten, die der Reichsbankstelle Konstanz untersteht. Die Gehaltskategorie der Reichsbanknebenstelle befindet sich imormaligen Bankhaus Scherer am Marktplatz, das zu diesem Zweck von der Stadtgemeinde Radolitz käuflich erworben wurde.

DZ. Friedrichshafen, 8. April. Das neue Badenelabel, des, wie wir kürzlich berichtet, nach Konstanz verbracht und dort auf den württembergischen Transportwagen verladen worden war, ist jetzt hier eingetroffen. Am Montag sollte mit der Kabellegerung begonnen werden, d. h. mit der Auslegung des stärker armierten Kabelleitungs an Land in Romanshorn und derjenigen Teile, die bis zum tiefer gelegenen Seggring führen, also hier bis etwa zum Läuertel vor dem Tannenberg, worauf die Leitung des Hauptkabels folgt. Die Richtung, die dieses nimmt, ist mit Bojen abgesteckt. Die erste liegt etwa zwei Kilometer vom Land entfernt, die zweite in der Semette, die dritte bei Romanshorn. Die Kabelleiter werden durch eine Ruffe mit dem Hauptkabel verbunden. In diesem sind 40 Leitungen zusammengelegt, 28 Telephon- und 12 Telegraphenleitungen. Für die Auslieferung der Kabelleitung werden in Dienst gestellt der Dampfer „Württemberg“, Kahn I, der mit den erforderlichen Maschinen ausgestattet ist, ein Dampfschiffboot (Motorboot) und die Barasse „Buchhorn“.

W.L.B. Ludwigshafen, 7. April. Eine sozialdemokratische Parteikonferenz hat sich mit der Aufstellung der Kandidaten für die Reichstags- und Landtagswahlen beschäftigt. Es wurden gewählt als Kandidaten für die Reichstagswahlen der bisherige Abg. Hoffmann-Kaiserslautern und der Wuchhändler Jacobshagen-Ludwigshafen, als Landtagskandidaten Körner-Ludwigshafen, Klement-Kaiserslautern, Leubardt-Kaiserslautern, Schwarz-Weibrücken, Frau Wolf-Speyer, Hartmann-Neustadt a. d. S. und Werkmeister Sang-Frankenthal. Neuaufgestellt sind von den Benannten Jacobshagen, Sang und Frau Wolf.

W.L.B. Eppingen b. Landau, 7. April. Heute Nacht ist der Bürgermeister Bierle, ein früherer Separatistenführer, von dem Gendarmereioberwachmeister Beutner erschossen worden. Der Bürgermeister hatte mit einigen Wächern über die Polizeistunde hinaus in einer Wirtshaus gewollt, wo der Wächmeister Ruhe gebot. Hierbei kam es zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf der Wächmeister zum Revolver griff und den Bürgermeister tödlich traf. Beutner wurde in Untersuchungshaft genommen und nach Landau verbracht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	9. April		8. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 566 100	1 573 900	1 566 100	1 573 900
Kopenhagen	698 200	701 800	698 200	701 800
Italien	187 000	188 000	187 000	188 000
London	18 205 000	18 295 000	18 205 000	18 295 000
Newyork	4 190 000	4 210 000	4 190 000	4 210 000
Paris	253 400	254 500	245 400	246 500
Schweiz	732 200	735 800	732 200	735 800
Brag	127 100	127 900	127 100	127 900
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Staatsanzeiger

Die erste juristische Prüfung im Frühjahr 1924

Auf Grund der im Frühjahr 1924 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Rechtskandidaten zu Referendaren ernannt worden:

Bachlein Heinrich aus Konstanz, Bauer Hans aus Freiburg, Puhlinger Richard aus Baden-Baden, Frank Emil aus Hochhausen, Fuchs Herbert aus Karlsruhe, Haber Friedrich aus Stetefeld, Goebels Heinrich aus Ludwigshafen, Zeh Friedrich aus Karlsruhe, Jäger Wilhelm aus Achern, Jelsch aus Bruchsal, Jele Hellmuth aus Konstanz, Jübler Immo aus Schopfheim, Kamps Erich aus Mannheim, Klauer Hermann aus Schönau, Klingler Georg aus Sandhausen, Kolmerer Max aus Meersburg, Dr. Merkel Lorenz aus Jffezheim, Moch Verold aus Rottenweier, Müller Otto aus Heidelberg, Ners Oskar aus Mannheim, Neureither Gustav aus Handshühheim, Runge Sigismund aus Schwetzingen, Schieder Hans aus Dresden, Schneider Herbert aus Karlsruhe, Schöffel Walter aus Mannheim, Söhren Faber aus Hagenau, von Schroeter Hans Christoph aus Karlsruhe, Schulz Erich aus Konstanz, Seyppel Friedrich aus Karlsruhe, Siebert Hermann aus Waldshut, Stelberger Fritz aus Karlsruhe, von Staeger Hans Gottfried aus Freiburg, Tellenbach Nikolaus aus Groß-Lichterfelde, Wild Wilhelm aus Schönau, Wolf Erwin aus Landau, Jlebold Oskar aus Emmendingen.

Karlsruhe, den 9. April 1924

Der Justizminister
Frunt